

An
das St. Petersburgsche
protestantische Publikum.

Mitau, 1808.

Gedruckt bei J. S. Steffenhagen und Sohn.

Mit Bewilligung Einer Kaiserl. Censur-Committee zu Dorpat.

Der Herr General-Superintendent D. Rheinbott hat einen im Jahr 1806 mir zugestellten Aufsatz, über die Verwaltung des Vermögens der hiesigen protestantischen Kirchen, als Einleitung zu einer Beurtheilung des von mir herausgegebenen Entwurfs einer Kirchenordnung für die Protestanten in Rußland, im Druck erscheinen lassen.

Da das hiesige protestantische Publikum für den Gegenstand dieses Aufsatzes, bald nach Erscheinung meines Entwurfs, auf verschiedene Weise sehr lebhaft interessirt worden ist, wie ich davon hinlänglich unterrichtet bin, dieser Aufsatz aber die Sache selbst in ein falsches Licht stellt, überdies auch nicht mit dem mir zugesandten Original zusammenstimmt: so finde ich mich hiedurch veranlaßt, das Original zugleich mit der Darstellung der Sache, nach ihrer wahren Gestalt, hiemit dem Publikum zu übergeben; und

dasselbe dadurch in Stand zu setzen, über den Gegenstand selbst unbefangen urtheilen zu können.

Die Geschichte jenes Aufsatzes ist kurz diese. Im Jahre 1805 hatte ich, als damals stellvertretender Profureur des Reichs-Justizkollegiums, die demselben übertragene Anfertigung einer allgemeinen liturgischen Verordnung für die Protestanten in Rußland übernommen, und zur Vermeidung aller Einseitigkeit, die drey hiesigen protestantischen Geistlichen, Herrn General-Superintendenten D. Rheinbott, Hn. Konsistorialrath Busse und Hn. Pastor Zachert, zur Durchsicht und Beprüfung des Entwurfs hinzugezogen; welche mit einigen kleinen Veränderungen das Ganze billigten. Anfangs interessirte sich der Hr. General-Superintendent D. Rheinbott für den Entwurf der Verordnung recht eifrig; als aber nachher, auf Allerhöchsten Befehl, Geistliche aus den Provinzen in derselben Absicht hieher berufen wurden, welche den Entwurf motivirten und weiter ausführten, schien der Hr. General-Superintendent D. Rheinbott seine Meinung gänzlich geändert und nunmehr nichts Eiligers zu thun zu haben, als die Einführung eines eignen Oberkonsistoriums für das St. Petersburgsche Gouvernement zu betreiben, wie die Beilage No. 1. beweiset.

Natürlich mußte ihm unter solchen Umständen der unterdessen von der Kaiserlichen Gesetzkommision mir ertheilte Auftrag zur Anfertigung einer Kirchenordnung für die Protestanten sehr unwillkommen seyn.

Als er daher nach vielen vergeblichen Versuchen, sein Projekt auszuführen, keinen Erfolg sahe, erschien er bei mir, um zu erfahren, was ich bis dahin für die Erfüllung jenes Auftrages gethan hatte.

Da ich keinen Grund fand, meine Arbeit als ein Geheimniß zu behandeln, so machte ich ihn bei dieser Gelegenheit mit den Ansichten und Grundsätzen bekannt, nach welchen ich dies Werk bearbeitete, und zeigte ihm zugleich dasjenige, was bereits ausgearbeitet war.

In eben dem Grade, als er alles Andere billigte und für zweckmäßig und ausführbar erklärte, in eben dem Grade erregten zwei Bestimmungen seine ganze Mißbilligung und seinen bestimmten Widerspruch. Diese beiden Bestimmungen waren:

- 1) die dem Konsistorium und dem Kollegium vorbehaltene Aufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens und
- 2) die Einführung von Superintendenten, denen die unmittelbare Kircheninspektion unter der mittelbaren des General-Superintendenten übertragen seyn sollte.

Die Gründe seines Widerspruchs konnte er nicht sogleich aufstellen, versprach aber, sie mir schriftlich zu geben; welches er denn auch nach einiger Zeit, durch den hier wörtlich und buchstäblich folgenden Originalaufsatz, den Jedermann bei mir durchsehen kann, that.

„A.

Freie Verwaltung des Kirchenvermögens.

1.

„Wenn man als Grundregel festsetzt, daß keine Veränderung vorgenommen werden müsse, die nicht reelle Vortheile verspricht; indem man sich durch bloße Neuerungen unnöthigerweise der Gefahr aussetzen würde, statt zu verbessern nur zu verschlimmern; so wird auch der Vorschlag, die Oekonomie der Kirchen einer andern als der bisherigen Administration anzuvertrauen, nicht ehe als annehmbar gelten können, als bis etwa die Vorzüge der neuen Administration vor der vorigen überzeugend dargethan sind. Man müßte die letztere bereits revidirt und solche Mißbräuche vorgefunden haben, welche abgestellt zu werden bedürfen, und die man durch die neue Einrichtung zu vermeiden hoffen könnte. Eine solche Untersuchung ist aber bisher noch nicht angestellt worden; und sie hat am allerwenigsten von den Personen angestellt werden können, die Veränderung der Administration vorschlagen; man kann daher unmöglich wissen, was man eigentlich damit verbessern wolle; und also wird nur verändert haben, um zu verändern. Wan die alte Administration vollkommen, so ist nichts gewisser, als daß man durch eine solche durch gar keinen nützlichen Zweck motivirte Neuerung nun verlieren werde.

2.

In der That ist keine bessere Administration denkbar, als diejenige welche die Gemeinde bisher Selbst geführt hat, indem das Interesse daß ihr Vermögen zweckmäßig verwaltet werde, bey Niemand größer und wirksamer seyn kann, als bey ihr selbst, als Erwerber und Eigenthümer.

3.

Diese Freyheit der Verwaltung ist durch die allgemeine Gesetze allen und jeden Eigenthümern zugesichert. Die einzige Ausnahme welche das Gesetz verordnet, betrifft die Unmündigen und Wahnsinnigen, und die Fälle, da der Eigenthümer sein Vermögen zu strafbaren, dem Staate gefährlichen Zwecken anwenden könnte. Soll also der Vorschlag das Vermögen der Gemeinden irgend einer Curatel zu unterwerfen angenommen werden, so muß man wenigstens eine von jenen Voraussetzungen geltend machen können.

4.

Man besitzt nicht was man nicht frey verwalten kann, und man erwirbt nicht, um das Erworbene nicht zu besitzen. Daher werden die Gemeinden, welche man zwangte ihr Wohlerworbenes fremden Händen zu überlassen, aufhören, bezutragen. Was man bis dahin vom freyen Willen erhielt, wird man durch Tazen erpressen müssen, welche neben dem Unange-

nehme des Zwanges noch den Nachtheil haben werden, daß der Arme, wenn er gleich nach Verhältniß seines Vermögens taxirt wird, von der Abgabe doch nicht ganz ausgeschlossen werden kann, während man ihn im Gegentheil bey der reichlichen Ausbeute freywilligen Beyträge unterstützen kann.

5.

Da die Menge der Interessenten es unmöglich macht, daß die Gemeinde ihr Vermögen unmittelbar Selbst administriert, so läßt sie ihre Rechte durch einen Bevollmächtigten ausüben, dieser Bevollmächtigte ist der Convent. Die Gemeinde würde ihre Vollmacht mit demselben Recht womit sie sie ertheilte, zurücknehmen und sie auf das Consistorium übertragen können; aber dies müßte aus freyer Entschliessung geschehen. Jeder Zwang zu einem solchen Schritt, oder wohl gar die Ertheilung der Vollmacht durch einen dritten, ist gewaltsamer Eingriff in das Eigenthum, indem nur der rechtmäßige Besitzer und Erwerber sich seiner Rechte an der Verwaltung entäußern und sie Andern anvertrauen kann.

6.

Die Vollmacht setzt das Zutrauen des Commitenten voraus, daß der Bevollmächtigte den Nutzen desselben so wahrnehmen würde. So lange also die Gemeinde dem Convent die Vollmacht läßt, kann man

als gewiß annehmen, daß er ihr Zutrauen fortgesetzt besitze, daß sie mit seiner Administration zufrieden sey. Da nun sie als Eigenthümerin ihres Vermögens, allein das Recht hat, die Zwecke zu bestimmen, zu welchen sie es angewandt wissen will, so kann auch nur sie allein die Verwaltung entweder gut heißen oder tadeln; es darf daher auch nie ehe von einer Veränderung derselben die Rede seyn, als bis die Gemeinde sie selbst für nöthig erachtet. Und auch in diesem Fall würde nur sie allein, wie jeder andere Eigenthümer das Recht haben, den neuen Bevollmächtigten zu wählen. Man könnte ihr alsdann das Consistorium vorschlagen, gebieten aber läßt sich das Zutrauen nicht; es kann im Gegentheil nur Mißtrauen erwecken.



7.

Nicht weniger als auf das allgemeine Eigenthumsrecht ist die Freyheit der Verwaltung in den Vorschriften der Allerhöchst confirmirten R. O. gegründet. Nach derselben gebührt die Rechenschaft von der Verwaltung ausschließlich der Gemeinde. Der 5te Punkt, z. B. im 8ten §. Cap. XXIX. verordnet, daß die in das Kirchenbuch eingetragenen Ausgaben und Einnahmen nicht ehe von dem Convents-Gliedern unterschrieben werden sollen, als bis sie der versammelten Gemeinde vorgelesen und von ihr richtig befunden und gut geheßen worden.

Die einzige Sorge, welche nach demselben S. in Betreff der Oekonomie der Kirchen dem Bischof zukommt, und die auch mir in meiner Instruction aufgetragen worden, besteht in der Aufsicht über die ordentliche Führung der Rechnungsbücher, um den Gemeinden ein Mittel, sich von der treuen Verwaltung ihres Vermögens zu überzeugen wie auch den Beweis ihrer etwanigen Beschwerden zu sichern. Eine solche Aufsicht ist aber nicht die Verwaltung selbst. Wenn also dem Consistorio nicht einmal diese ausschließlich dem Bischof empfohlene Aufsicht competiret, so wird ihm so fern nur die R. D. gilt die doch durch die Allerhöchste Bestätigung zu einem unwandelbaren Gesetz erhoben ist, noch vielweniger die eigentliche Verwaltung des Kirchen-Vermögens übertragen werden dürfen.

Sowol der Nystadtischen Frieden im 8ten Punkt, als auch den 10ten Punkt des 1743 zu Abo geschlossenen Friedens sicher es den Gemeinden zu, daß sie bey denselben Kirchen-Verfassung bleiben dürfen, in welchen sie sich beym Abschluß dieser Friedenstraktaten befunden hatten, eine Bestimmung die doch durch die gegenwärtig vorgeschlagene Beraubung ihrer bisher genossenen Freyheit in Verwaltung ihre ökonomische Angelegenheiten offenbar verletzt werden würde.

Da also dieser Vorschlag nicht allein keinen nützlichen Zweck verspricht; sondern im Gegentheil als Verletzung des Eigenthumsrechts nur sehr nachtheilige Folge haben kann, und übrigens auch die Allerhöchste bestätigte K. D. und da die fremde Religionsparthigen und ins besondere durch die obigen Bestimmungen des Nystädtischen und Aboschen Friedenstraktaten den Lutheranern bewilligte Privilegium zuwider ist, so kann ich meine Zustimmung nicht geben, sondern stimmen für die Benbehaltung der bisherigen Administrationen.

B.

Creirung eines Superintendenten für Petersburg.

I. *)

In den protestantischen Ländern wo es Superintendenten giebt, sind diese über ganze Stifter gesetzt und führen zum Unterschiede vom Generalsuperintendenten den Titel Provinzialsuperintendenten. Das Verhältniß beyder ist dasjenige welches die Schwedi-

*) Zum gehörigen Verständniß dieses und des folgenden Paragraphen muß ich bemerken, daß ich den im Entwurf der Kirchenordnung vorkommenden Kircheninspektor nicht Probst, sondern Superintendent, und den Oberinspektor nicht Superintendent, sondern General:Superintendent genannt hatte. In Rücksicht mancher Mißverständnisse, zu welchen der Ausdruck: General führen konnte, fand ich es indessen in der Folge nöthig, die Abänderung so zu machen, wie sie in der K. D. jetzt vorkommt.

schen R. D. zwischen den Bischöfen und dem Erzbischofe festsetzt. Eine hiesige Generalsuperintendur würde also gleichfalls mehrere Provinzial-Superintenduren voraussetzen die ihr aber so wie es in andern protestantischen Ländern der Fall ist, oder wie nach schwedischen Kirchengesetzen die Bischöfe dem Erzbischofe, untergeordnet seyn müßten. Ein Superintendent aber unter Einem Generalsuperintendenten würde Widerspruch sowohl im Namen als in der Sache seyn. Denn wenn dem Superintendenten dem §. 17 der R. D. Cap. XXIV gemäß, die Gewalt ertheilt wird, die derselben R. D. nach dem Bischofe haben soll, so ist er ganz das was der Generalsuperintendent bisher gewesen ist, oder wenigstens hat seyn sollen *); Dem letztern würde also nichts als der Titel übrig bleiben. Oder dieser behält seine vorige Gewalt und die Anordnungen gehen von ihm aus, und werden vom Superintendenten nur ausgeführt: dann ist wiederum dieser nicht das was er der R. D. nach seyn sollte; ohne Gewalt und in allem von den Befehlen seines Obern abhängig, würde er zwar einen vielbedeutenden Titel, aber kein diesem Titel entsprechendes Amt haben.

*) Wenn in der schwedischen Kirchenordnung vom Wirkungskreise des Bischofs die Rede ist, so wird dabei das Konsistorium mit verstanden; da ohne Konsistorium der Bischof für seine Person nur auf Inspektionsverhältnisse eingeschränkt ist. Man sehe hierüber Wilschmann's Werk, auf welches, in einem neuerlich ergangenen Befehl des dirigirenden Senats, der hiesige Herr General-Superintendent dieserhalb hingewiesen worden.

II.

Eines Gehülfsen kann ich nur in den Fällen bedürfen, da entweder Krankheit oder Abwesenheit mich außer Stande setzen würden, den Geschäften vorzustehen. Alsdenn müßte es aber mir überlassen bleiben, diese Geschäfte für deren ordentliche Führung ich die Verantwortlichkeit auf mir habe, demjenigen anzuvertrauen, den ich Selbst für den tüchtigsten dazu halte. Diese nothwendige Freiheit der Wahl würde doch durch die Bestimmung eines beständigen Gehülfsen aufgehoben werden, und man kann dadurch nicht etwa dem Fall vorbeugen wollen, daß es bey vorfallende Gelegenheit an Gehülfsen fehlen könnte. Derselbe Gehülfe den man jetzt als Superintendenten constiuirt, würde sich doch immer unter der Zahl der Prediger finden, und als solcher, wenn er das Zutrauen seines Obern hat, nicht weniger als die Uebrigen zur Unterstützung desselben bereit seyn müssen. Seine Einsetzung als Superintendent ist daher eben so unnöthig, als ich im ersten Punkt gezeigt habe, daß sie der R. D. und dem Verhältniß zuwider ist, welches zwischen ihm und dem Generalsuperintendenten, als Unterinstanz zur Oberbehörden Statt finden müßte.

F

7.

Das Recht der freyen Verwaltung fließt nicht weniger aus den Begriff einer Gesellschaft. Sobald der

Zweck derselben von der Regierung sanctionirt ist, müssen ihr die Mittel, ohne welche dieser Zweck unerreicher wäre, überlassen bleiben. Zu diesen Mitteln gehört hier der Fond, dessen man zur Unterhaltung der Kirche und ihrer Beamten bedarf. Wie es jeder andern sogar des bloßens Vergnügens wegen errichteten Gesellschaft erlaubt ist, daß ihre Mitglieder von ihrem Eigenthum ein gemeinschaftliches Kapital sammeln, dessen Sie Sich zur Erreichung ihrer Zwecke bedienen, so muß dies noch vielmehr von der religiösen Gesellschaft gelte, wegen ihrer höheren dem Staate nützlicheren Zwecke.

St. Petersburg am 5. Decbr. 1806.

D. T. F. Rheinbott.“

Es sei mir nun erlaubt, die in diesem Aufsatz angeführten Gründe mit wenig Worten näher zu prüfen.

In Beziehung auf den §. 1. und 2. Es wird Niemand leugnen, daß wenn man nur den Zweck und die Verfassung einer Anstalt überhaupt kennt, man auch im Stande ist, die Mängel und Fehler derselben einzusehen, ohne daß man erst dessen bedarf, die Art und Weise genau zu kennen, mit welcher die nach dieser Verfassung handelnden Personen bis dahin in der Erfüllung ihrer Pflichten verfahren sind. So z. B. ist es bei Beurtheilung dessen, was nothwendig zu thun wäre, um die Verwaltung eines Kirchenvermö-

gens so zu organisiren, damit dasselbe unter allen Umständen auf die möglichst beste Art gesichert bleibe, offenbar ganz gleichgültig, zu wissen, ob die bisherigen Verwalter desselben mit oder ohne Einsicht in das Geschäft oder mit oder ohne Rechtschaffenheit ihr Amt geführt haben. Es ist genug, wenn man z. B. nur weiß,

- 1) daß zur Verwaltung sämtlicher ökonomischen Angelegenheiten der Kirche ein von und aus der Gemeinde gewählter Ausschuss bestimmt ist;
- 2) daß zu diesem Ausschuss der Prediger gehört;
- 3) daß dieser die übrigen Glieder in Vorschlag bringt; woraus folgt, daß der Vorgeschlagene nicht füglich ohne Kränkung des Vorschlagenden abgewiesen werden kann;
- 4) daß nur dasjenige Glied des Ausschusses, welches sich dazu willig findet, die Rechnungen führt und die Leitung der Geschäfte hat;
- 5) daß dies willige Glied in der Regel der jedesmalige Prediger ist;
- 6) daß die Rechnungen den, vom Prediger selbst vorgeschlagenen, Gliedern des Ausschusses zur Durchsicht vorgelegt werden; woraus die Wahrscheinlichkeit entsteht, daß diese Glieder, theils abgehalten durch ihre eignen Geschäfte, theils um nicht einen Mangel an Vertrauen gegen den Prediger zu zeigen, die Rechnungen ohne die nöthige genaue und strenge Prüfung derselben für richtig anerkennen werden;

- 7) daß diese Rechnungen zwar der Gemeinde, wie-wohl nur selten, vorgelegt werden, daß aber, da diese aus so verschiedenartigen Personen besteht, welche weder Interesse haben, sich um die Richtigkeit der Rechnungen zu bekümmern, noch auch durch Bemerkungen darüber ein Mißtrauen gegen den Rechnungsführer, den Prediger, laut werden zu lassen, eine etwa Statt findende zweckmäßige Revision durchaus ganz unwahrscheinlich wird.

Jeder der zu urtheilen fähig und bey der Sache unbefangen ist, sieht aber hier wohl ohne weiteres ein, daß bei einer solchen Verfassung die sämtlichen Glieder des Ausschusses, bis auf den Prediger, gewissermaßen nur Figuranten sind; der Rechnungsführer hingegen, und dieser ist, wie gesagt, der Prediger, der eigentliche alleinige Disponent des gesammten Kirchenvermögens seyn, und es also auch nur von seiner richtigen oder unrichtigen Einsicht in die Geschäfte, so wie von seinem guten oder bösen Willen abhängen muß, wie gut oder wie schlecht das Kirchenvermögen verwaltet wird. Die Nothwendigkeit aber wird wohl Jedermann anerkennen, daß ein öffentliches Vermögen nicht der Discretion eines Einzelnen Preis gegeben, und daß unter solchen Umständen jeder Vorschlag zu einer Verbesserung, durch welche diesem Uebelstande abgeholfen werden kann, nicht erst gerechtfertigt werden darf.

Die hier z. B. angeführte Verfassung ist aber keinesweges eine bloße Erfindung; sie ist die, nach der

eignen Angabe der Herren Prediger in der Beantwortung der, von der Kaiserlichen Gesetzkommission wegen des Kirchenwesens aufgeworfenen Fragen, Statt findende Verfassung der hiesigen St. Annen-, St. Katharinen- und Marienkirche; wie die Beilage No. 2. zeigt.

Mit welchem Rechte will man nun für die Beibehaltung einer solchen fehlerhaften Verfassung streiten, da selbst die Vermögensverwaltungen der griechisch-russischen Kirchen, durch das allerhöchste Manifest vom 26. Febr. 1764 und durch mehrere andere Befehle, unter Leitung der Regierung eignen Kollegien übergeben, auch noch ganz kürzlich in Rücksicht der willkürlichen Verwaltung der Kirchengelder höchsten Orts bedeutende Einschränkungen gemacht worden sind.

Dies wird hinreichen, um Jedermann zu überzeugen, daß die von mir im Entwurf zur Kirchenordnung in Vorschlag gebrachte Verfassung für die Verwaltung des Kirchenvermögens nicht aus Neuerungsucht, sondern aus vollkommener Ueberzeugung der Nothwendigkeit entsprungen ist, und daß man also davon mit Grund nicht sagen kann: „man weiß noch nicht, was man zu verbessern hat; man wird also nur verändern, um zu verändern.“ Da übrigens die Kirchenkasse der St. Annen-Kirche nach der eigenen Versicherung des Herrn General-Superintendenten D. Rheinbott auf die beste Art verwaltet wird: so kann man nicht an-

nehmen, daß derselbe bei seiner aufgestellten Behauptung von persönlichen Rücksichten geleitet worden sei. —

In Beziehung auf den §. 3 und 7^a. Der Satz: „die Gemeinde sei Erwerberin und Eigenthümerin des Kirchenvermögens“ — kann nicht so unbedingt als wahr angenommen werden. Wer ist die Gemeinde? Doch wohl nur die jedesmaligen in Rücksicht ihrer religiösen und kirchlichen Bedürfnisse zu einer gewissen Kirche sich haltenden Personen? Diese Personen stehen, durch ihren gemeinschaftlichen Zweck — religiöse Bildung —, der im allgemeinsten Staatszweck mit enthalten ist, in einer dauernden Verbindung. Es ist gleichgültig, wer bei dieser Verbindung ein- oder austritt, weil der gemeinschaftliche Zweck die Hauptsache ist. Die einzelnen Glieder der Verbindung wechseln unaufhörlich; wer aber von allen denen, die da waren, die da sind und die da seyn werden, die also Beiträge gaben, geben und dereinst geben werden, ist nun der Erwerber des gegenwärtigen und künftigen Kirchenvermögens? und wem von allen diesen kommt also das jedesmalige Vermögen der Kirche als ein erworbenes Eigenthum zu? Wem von diesen gebührt die Verwaltung desselben? Offenbar keinem Individuum; und die Gemeinde besteht aus Individuen! Aus demselben Grunde aber, aus welchem kein Individuum sich ein Eigenthums- oder Verwaltungsrecht auf das Kirchenvermögen zuschreiben darf, aus demselben Grunde ist es auch nicht befugt, sich eine will-

fürliche Disposition über dies Vermögen anzumachen, wenn ihm dasselbe zur Verwaltung anvertraut worden ist. Eigenthums- und Verwaltungsrecht kann nur der Anstalt, die den gemeinschaftlichen Zweck befördern soll, zu deren Behuf also auch die Beiträge dargebracht werden, d. i. der Kirche, zukommen. Diese bleibt, während die Gemeinde in ihren Gliedern ewig wechselt. Daher steht jede Anstalt, durch ihren Zweck für Gemeinwohl, unter Aufsicht der Regierung, und diese muß es sich zur Pflicht machen, über die gehörige Verwaltung alles dessen, was zur Erhaltung eines solchen Zwecks dient, damit die Anstalt nicht durch Verwahrlosung von Seiten Einzelner untergehe, zu wachen. Eine öffentliche für Gemeinwohl errichtete Anstalt, wie es die Kirche ist, kann daher auch nicht mit einer Gesellschaft, deren Zweck geselliges Vergnügen ist, verglichen werden. Der Zweck des geselligen Vergnügens der jedesmaligen Glieder hängt von deren Neigung für dieses Vergnügen ab, und die Anstalt für diesen Zweck kann also auch nur so lange dauern, als es den gegenwärtigen Gliedern beliebt. Dies läßt sich aber nicht von einer Religionsanstalt sagen, wo es nicht von dem Belieben der gegenwärtigen Glieder der Religionsgesellschaft abhängt, den Zweck der Anstalt, welche mit dem Augenblick ihrer Stiftung eine Anstalt des Staats wird, anzuerkennen oder nicht, und also die Anstalt beizubehalten oder aufzuheben. Wenn man

nun auch die Gemeinde als die ursprüngliche Gründerin einer Religionsanstalt ansehen wollte, so kommt ihr dennoch selbst in dieser Eigenschaft nicht das Prädikat der Erwerberin und Eigenthümerin der Anstalt so unbedingt zu. Jede zum Besten des Ganzen gestiftete Anstalt ist ihrer Natur nach ein reines *Gesamteigenthum*, dessen Oberverwaltung und Leitung allemal nur der Regierung gebührt; obgleich diese die besondere Verwaltung den bei dieser Anstalt in Rücksicht ihres Zweckes zunächst interessirten Personen überträgt. Das Kirchenvermögen mag also immerhin als ein *Gesellschaftseigenthum* dieser oder jener besondern Kirchengesellschaft oder Gemeinde angesehen werden; wie aber kann es dadurch die Natur des *Gesamteigenthums* ablegen oder verlieren?

In Beziehung auf den §. 4. Von gleicher Beschaffenheit, wie die vorigen, ist auch die hier aufgestellte Behauptung: „Man besitzt nicht, was man nicht frei verwalten kann.“ Dieser Satz ist an und für sich falsch, und enthält da, wo er auch einen Schein der Wahrheit hat, eine Verwechslung des Handlungsbegriffs mit dem Rechtsbegriff vom Besitz. Eine Sache besitzen drückt entweder die körperliche Innehabung derselben aus, ohne auf den Titel, wodurch man dazu gelangt ist, Rücksicht zu nehmen; oder es heißt auch, nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch, Eigenthümer derselben seyn. Man

kann daher eine Sache, obgleich man sie nicht frei verwalten darf, dennoch besitzen, entweder 1) als bloßer Inhaber, z. B. bei Depositionen, und, in wiefern die Verwaltung nicht frei seyn soll, bei Gemeindegütern, deren Verwaltungsrecht durch Bestimmungen, z. B. Revision zum Besten der Gemeinde, beschränkt worden; oder 2) als Eigenthümer, wenn man bei dem beibehaltenen Eigenthumsrecht den Besitz und die Verwaltung einem Andern übergeben hat, z. B. bei Miethen, Verleihungen 2c. 2c. und hier bei dem Eigenthum einer Gemeinde, dessen Verwaltung z. B. dem Kirchenrath übertragen worden.

Ein ähnliches Sophisma enthält der zweite gleich darauf folgende Satz: „und man erwirbt nicht, um „das Erworbene nicht zu besitzen.“ Denn soll hier Besitz soviel als körperliche Innehabung bedeuten, so ist der Satz falsch: weil der körperliche Besitz ja auch vom Eigenthumsrecht getrennt seyn kann, Eigenthum und Besitz ganz verschiedene Begriffe sind und der Erwerber oft sogar den Nichtbesitz des erworbenen Eigenthums beabsichtigen kann, z. B. bei zu verpachtenden Mühlen, Kaufmannsschiffen 2c. 2c., wo es nicht nothwendig ist, daß der Erwerber ein Müller oder Schiffer 2c. 2c. seyn muß. Soll aber Besitz hier für Eigenthum gelten, so sagt der Satz nichts, als daß der Erwerber den Erwerb zum Zweck habe, und paßt hier überhaupt nicht, weil von keinem Verlust des Erworbenen, sondern von dessen Verwaltung und der

Revision, als Mittel zur Sicherung des Zwecks, die Rede ist.

Wenn es nun gleich darauf heißt: „daher werden „die Gemeinden, welche man zwingen will, ihr Wohl= „erworbenes fremden Händen anzuvertrauen, aufhö= „ren beizutragen &c.“ so liegt es in dem Begriff der Gemeinde, daß sie ihre Güter nicht persönlich ver= verwalten kann, sondern solche gewissen Personen an= vertrauen muß. Soll aber durch „fremde Hände“ eine Unsicherheit in der Verwaltung ausgedrückt wer= den, so ist ja gegen diese Unsicherheit gerade kein zweck= mäßigeres Mittel, als eben diese Revision, die daher auch dem Eigenthümer der Güter, hier z. B. der Gemeinde, sehr willkommen seyn muß.

Auch kann hier ausserdem durchaus von keinem Zwange die Rede seyn, durch welchen eine Gemeinde genöthigt werden soll, das Kirchenvermögen fremden Händen anzuvertrauen. Die Verwalter des Kir= chenvermögens sollen vielmehr nach wie vor von der Gemeinde selbst, und aus der Gemeinde, gewählt werden. Die Repartition der Beiträge übrigens kann ja die Freigebigkeit der Beitragenden nicht einschrän= ken, wohl aber kann sie feste und bestimmte Einnahmen begründen. Und — woher schreibt sich denn die Be= fugniß der Kirche oder des Predigers, die ärmern Mit= glieder der Gemeinde auf Rechnung der Wohlhabenden zu beschenken? Gesezt, es ließe sich dies rechtfertigen, ist es dann nicht nothwendig, daß auch über diese

Verwendung des Vermögens genau Rechnung geführt werde? Die Pflicht, Wohlthätigkeit zu üben, sollte indessen eigentlich wohl jedem selbst überlassen bleiben; warum soll hier von Seiten der Kirche, oder vielmehr des Predigers, eine Kuratel über die wohlhabendern Mitglieder der Gemeinde ausgeübt werden?

In Beziehung auf den §. 5 und 6. Was hier Konvent heißt, wird in der Kirchenordnung Kirchenrath genannt. Er ist, wie gesagt, aus Mitgliedern der Gemeinde, von der Gemeinde selbst gewählt und also mit dem Konvent eins und dasselbe. Nur der Name ist verändert, nicht die Sache. Uebrigens ist die Behauptung ungegründet, „daß es ein Beweis „der Zufriedenheit der Gemeinde mit der Verwaltung „sei, wenn sie ihre Vollmacht nicht zurückgenommen.“ In der Bemerkung über den 1. §. ist hinlänglich gezeigt, daß die Gemeinde über die Verwaltung entweder gar nicht oder wenigstens niemals recht unterrichtet ist; sie kann also mit derselben eben so wenig zufrieden als unzufrieden seyn, und es ist eben daher nothwendig, daß eine Kontrolle von Seiten der Regierung die Gemeinde von der guten Verwaltung des Kirchenvermögens augenscheinlich überzeuge. Durch diese Kontrolle ist ja auch der Gemeinde die besondere Verwaltung durch den von ihr gewählten Kirchenrath keinesweges genommen; nur dem möglichen Mißbrauch dieser Verwaltung hat dadurch vorgebeugt werden sollen. Jener behauptete Beweis ist

folglich kein Beweis, weder für die Güte der Verfassung noch für die der Verwaltung. Die Verordnung einer andern und bessern Verfassung aber ist Sache des Monarchen, als Gesetzgebers, der sich hierüber nichts vorschreiben lassen, sondern von seinem höhern Standpunkt aus das wahrhaft Nützliche und Beste schon zu treffen wissen wird.

In Beziehung auf den §. 7^b. 8. und 9. Der 10. §. des Rysstädter Friedensschlusses, welcher im 8. §. des Friedensschlusses zu Åbo wörtlich wiederholt wird, heißt:

„Es soll in denen, sowohl durch den Rysstädtischen
 „als gegenwärtigen Friedenstraktat cedirten Län=
 „dern kein Gewissenszwang eingeführt, son=
 „dern vielmehr die evangelische Religion, sammt
 „Kirchen- und Schulwesen und was dem anhan=
 „gig ist, auf dem Fuß, wie es unter der letzten
 „schwedischen Regierung gewesen, gelassen und
 „beibehalten werden &c. &c.“

Hier ist also nur davon die Rede, 1) daß kein Gewissenszwang Statt finden, folglich die Gewissensfreiheit nicht eingeschränkt werden sollte, und 2) daß, da doch ein gewisser Zustand für obige Gegenstände zur Norm angenommen werden mußte, man ganz natürlich den letzten schwedischen dazu wählte. Es ist damit aber nicht gesagt, daß der Monarch sich durch eine solche Bestimmung nun aller Verbesserungen

des Schul- und Kirchenwesens für immer begeben habe, und daß die Gemeinden eben so für die Ewigkeit an die damalige Ansicht und Form dieser Dinge gebunden bleiben sollten; was gegen Begriff und Zweck des Protestantismus streitet. Wenn das hätte seyn können, so müßte sich Kirchen- und Schulwesen jener Provinzen noch diesen Augenblick auf derselben Stufe der Kultur befinden, als damals; so müßte alles, was bisher für Volksbildung geschehen ist, offenbar widerrechtlich seyn und die in jenen Friedenstraktaten bezeichneten Provinzen kein Privilegium für Geistesfreiheit, sondern vielmehr für Unwissenheit und Dummheit erhalten haben. Verbesserungen sind nach diesen Traktaten aber nicht nur erlaubt, sondern in sofern, als hier Befreiung von Gewissenszwang als Hauptgegenstand bestimmt worden, alles dasjenige, was zur vollkommensten Befreiung von Gewissenszwang führen kann, vielmehr zur Bedingung gemacht worden. Dabin gehört aber die vollkommenste Ausbildung des Religionsbegriffs und dessen praktische Anwendung, ohne welche Gewissensfreiheit ein Unding ist, so wie ohne Gewissensfreiheit von keinem Gewissenszwang die Rede seyn kann. Eine solche vollkommene Ausbildung kann nur durch die zweckmäßigste Anordnung des Kirchenwesens erreicht werden; diese setzt aber die bestmögliche Erhaltung der Kirchenanstalt selbst als nothwendig voraus, und eine solche Erhaltung hängt wiederum ab von der gehörigen Verwal-

tung und zweckmäßigen Benutzung des Kirchenvermögens. Mitbin ist die Regierung schon aus diesem Grunde allein veranlaßt und berechtigt, für eine zweckmäßige Verwaltung und Benutzung des Kirchenvermögens zu sorgen.

Die durch jenen Friedensschluß geschehene Zusicherung wird also in keiner Rücksicht durch die in der Kirchenordnung gemachten Vorschläge verletzt und aufgehoben, sondern vielmehr offenbar befördert, wenn man auch übrigens ganz und gar davon abstrahirt, daß der Monarch an und für sich durch keine bisherige Einrichtung und Bestimmung, sie sey von welcher Art sie wolle, und durch ihr Alter noch so ehrwürdig geworden, jemals rechtlicher Weise gehindert werden kann und darf, Mißbräuche abzustellen und jedem Zweig der Staatsverwaltung Zweckmäßigkeit, Ordnung und Bestimmtheit zu geben.

In Beziehung auf den §. 11. Der von mir gelieferte Entwurf zur Kirchenordnung bestimmt: daß die Gemeinde aus ihrer Mitte Personen jedes Standes wählen soll, welche unter dem Namen des Kirchenraths alle Rechte der Gemeinde wahrnehmen und ihre Obliegenheiten erfüllen, auch solches alles durch die vom Kirchenrath wiederum aus der Gemeinde gewählten Vorsteher in Erfüllung bringen lassen sollen.

Der Probst kontrollirt im Namen des Konsistoriums die geschehene Verwaltung und berichtet darüber dem Konsistorium.

Die jährlichen Rechnungen werden vom Probst und von Zeit zu Zeit von besondern Kommissarien durchgesehen und dem Konsistorium eingesendet, das sie im Auszuge dem Kollegium der protestantischen Kirchensachen vorstellt.

Damit die Gemeinde in keiner Hinsicht gefährdet werden könne, dürfen die Vorsteher, der Kirchenrath und selbst das Konsistorium, ausser den bestimmten jährlichen Ausgaben, jede außerordentliche Ausgabe nur bis zu einer gewissen Summe bewilligen. Die Nothwendigkeit jeder Ausgabe wird überdies jedesmal sorgfältig geprüft. Um jede Willkür bey Einforderung der Beiträge zu entfernen, sollen die Repartitionen jede zu repartirende Summe, die Anzahl und den Stand der Gemeindeglieder und den auf jedes derselben fallenden Beitrag enthalten, damit Jeder sich von der Richtigkeit in Vertheilung und Berechnung der Beiträge überzeugen könne. Diese Repartitionen selbst werden von den Vorstehern gemacht, aber vom Kirchenrathe untersucht und genehmigt.

Der Prediger bleibt hier bei allem, was nicht das Lehramt betrifft, durchweg ganz ausser aller Theilnahme, und behält mithin Muße, diesem seinem Amte als Volkslehrer, wozu allein und nicht zum Rechnungsführen oder zu andern weltlichen Geschäften er berufen ist, um so besser obliegen zu können.

Nichts ist der Willkür des Einzelnen überlassen, al-

les ist eingeschränkt und angewiesen auf die Beförderung des Hauptzwecks.

Dies ist das Wesentliche der vorgeschlagenen neuen Verfassung. Man halte sie nun mit der in den Bemerkungen auf S. 1. vorkommenden Schilderung der bisherigen Verfassung und mit allem oben gesagten zusammen, und urtheile, ob sie wirklich so zweck- und rechtswidrig ist, als sie nach dem Aufsatz des Hn. General-Superintendenten erscheinen soll.

Endlich kann ich nicht umhin, den Hn. General-Superintendenten D. Rheinbott, der sich so bestimmt dafür erklärt hat, das Kirchenvermögen keiner Kontrolle der Regierung zu unterwerfen, und sich daher die äusserste Mühe gibt, seine Behauptungen als legal darzustellen, zunächst auf die königlichen Resolutionen und Briefe vom 1. Sept. 1664 S. 3. Not. 1., vom 2. März 1678 S. 19., vom 3. Dec. 1680 S. 4., vom 25. März 1684, vom 23. Nov. 1686, vom 6. April 1695, vom 17. Dec. 1697 S. 9. und auf den 23. S. der Priesterprivilegien vom 16. Okt. 1723 zu verweisen, in welchen die Art der Verwaltung des Kirchenvermögens bestimmt, und unter andern auch ganz besonders vorgeschrieben worden, daß die Rechenschaft hierüber namentlich dem Landshöfding, also der Obrigkeit, abgelegt und die Revision von ihm vollzogen werden soll.

Ausserdem aber muß ich den Hn. General-Superintendent auch noch auf den Umstand aufmerksam ma-

chen, der seinem Gedächtniß entgangen zu seyn scheint, daß er selbst in dem oberrühnten, von ihm höhern Orts vorgestellten Plan zur Organisirung eines Oberkonsistoriums des St. Petersburgschen Gouvernements unter dem Titel V. S. 1. No. 3. die Kirchenvorsteher, unter No. 6. die Kirchengebäude, No. 7. die Kirchenländereien, No. 8. die Kirchengelübte und Tit. XIII. S. 1. die Kirchengelübte und ihre Verwendung namentlich, ja S. 4. sogar die Gelübte der Prediger und Kirchenbediente der Revision des Konsistoriums, das nach seinem Projekt eigentlich nur in der Person des General-Superintendenten bestehen soll, mit großer Strenge unterwirft; indem er zugleich das Konsistorium oder vielmehr den dasselbe vorstellenden General-Superintendenten — nach Grundsätzen, die der protestantischen Kirche nicht nur fremd, sondern dem Geist des Protestantismus geradezu entgegen sind — als inappellabel, ja sogar in allen Sachen, die die Lehre und den Kultus betreffen, als unfehlbar hinstellt, und selbst den Monarchen in dieser Hinsicht schlechtweg ausschließt, wie solches alles die Beilage unter No. 1. deutlich beurfundet.

Nach dieser Zurechtstellung des Gesichtspunkts für die Beurtheilung der Sache, habe ich dem Publikum nichts weiter als die Bitte vorzutragen, in Ansehung des von mir herausgegebenen Entwurfs einer Kirchen-

ordnung für die Protestanten, auf Privatinstitutionen und Verlästerungen desselben, deren Quelle nach gewöhnlicher menschlicher Weise nicht allemal ganz rein und lauter zu seyn pflegt, nicht eher Rücksicht zu nehmen, bis man das Buch selbst gelesen, und sich nach ruhiger, unbefangener Prüfung jeder einzelnen Bestimmung, von ihrer Verwerflichkeit selbst überzeugt hat. Diese Gerechtigkeit glaube ich von jedem fordern zu dürfen, der Anspruch auf gesunden Menschenverstand macht. Sollte indeß Jemand durch Mangel an Kenntniß dessen, was bei jeder einzelnen Bestimmung zu berücksichtigen und genau zu erwägen war, nicht im Stande seyn, sich von der Nothwendigkeit dieser oder jener getroffenen Bestimmung zu überzeugen: so bin ich bereit, Jedem die Gründe, warum ich gerade diese und keine andere Bestimmung nothwendig und zweckmäßig fand, anzugeben. Ich habe irren können, aber meine Absicht war, das Beste zu wählen, und damit ich nicht im Irthume verharre, habe ich selbst darum gebeten, das Werk zuerst zur Beurtheilung des Publikums zu bringen. Mehr konnte ich nicht thun, um Wahrheit zu finden; gäbe es noch sonst ein Mittel, ich wäre in jedem Augenblick bereit, davon Gebrauch zu machen. St. Petersburg, am 17. Oktober 1808.

Georg Friedrich Sahlfeldt.

No. I.

Durchlachtigster Fürst,
gnädiger Herr!

Er. Kaiserlichen Majestät haben laut Inhalt des, mit Allerhöchst Eigenhändiger Unterschrift bestätigten Doklads eines hohen dirigirenden Senats d. d. 1. Novembre 1804 verordnet: daß hieselbst in vorkommenden Consistorial-Sachen ein Consistorium gebildet werden solle, und mich zum Praeses desselben Allerhöchst ernannt.

Wenn nun auf der einen Seite ein solches Consistorium allerdings einer ihm entsprechenden Organisation bedarf *), auf der andern Seite aber auch Fälle eintreten können, die zweifelhaft scheinen, ob sie vor's Consistorium oder vor Ein Reichs-Justiz-Collegium gehören; so habe ich es als geistlicher Praeses für meine Pflicht gehalten, Ew. Durchlaucht einen Plan zur Errichtung eines Ober-Consistorii des St. Petersburgischen Gouvernements gehorsamst zu unterlegen. Ich habe dabey die schwedische Kirchen-Ordnung vom Jahr

*) In der, dem erwähnten Doklad vom 1. Nov. 1804 angeschlossenen Instruktion des St. Petersburgischen General-Superintendenten ist dieses Consistorium förmlich organisiert und die Kompetenz desselben sowohl, als des Kollegiums, ausdrücklich vorgeschrieben.

1686 so weit selbige auf jezige Zeiten anpassend ist, zum Grunde gelegt, und nächstdem alle diejenigen Sachen bestimmt, über die dieses Ober=Consistorium mit Jug und Recht die Aufsicht haben könne. Ein Haupt=Beweggrund der mich anspornt, Ew. Durchlaucht aufs ungesäumteste mittels dieses Plans die Nothwendigkeit der Organisation eines Ober=Consistorii gehorsamst zu unterlegen, ist der Umstand, daß Ein Reichs=Justiz=Collegium, ohne weitere Zuziehung des laut Kirchen=Ordnung verordneten General-Superintendenten oder Bischoffs *), wegen Einrichtung in liturgischen Angelegenheiten, eine Zusammenberufung mehrerer Geistlichen aus den Gouvernements Lief=Kur=Est= und Finnland zum 27sten Februar d. J. veranstaltet hat. Eine solche Zusammenberufung zumal in einer so bedenklichen und wichtigen Sache als die Einrichtung der Liturgien für unsere protestantische Kirche ist, hätte nach Anleitung der Kirchen=Ordnung nicht ohne mein Mitwissen geschehen können, und dieses um so weniger, da ich zum ersten Mitgliede des Reichs=Justiz=Collegii in allen lutherischen Consistorial=Sachen Allerhöchst verordnet worden bin.

Bereits schon im vorigen Jahre genehmigten Sr. Excellence der Herr von Nowasilzoff, daß ich Hochdemselben einen Plan zur Errichtung eines Ober=Con-

*) Das Journal des Justizkollegiums vom 16. Jan. 1805 enthält unter andern auch diese Zuziehung des St. Petersburgschen General-Superintendenten.

istorii vorlegen möge. Kurz darauf aber erfolgte Dessen Abreise ohne daß ich Gelegenheit gehabt hatte, jenen Plan unterlegen zu können. Die Verzögerung der Zuhausekunft Sr. Excellence, und das nahe Vorhaben des Reichs-Justiz-Collegii, Einrichtungen in liturgischen Angelegenheiten treffen zu wollen, haben mir Eile anempfohlen, und dahero habe ich es denn gewagt, Ew. Durchlaucht gehorsamst zu ersuchen: den hieby überreichten Plan wegen Errichtung eines Ober-Consistorii des St. petersburgischen Gouvernements, Sr. Kayserlichen Majestät zur Allerhöchsten Bestätigung zu unterlegen.

Mit der hochachtungsvollsten Verehrung verharre

Ew. Durchlaucht

gehorsamster Diener

St Petersburg

am 25. Januar

1805.

Dr. Fst Rheinbott

Generalsuperintendent des St. Petersburgischen Gouvernements.

Zur Beilage No. 1.

A u s z u g

aus dem von dem Herrn General-Superintendent D. Rheinbott übergebenen Plan Eines Oberconsistoriums des St. Petersburgschen Gouvernements.

1c. 2c.

I

Personale.

§. 1.

Das Ober-Consistorium besteht aus dem General-Superintendenten als Präses, zweien Beisitzern aus den Predigern der Stadt St. Petersburg und einem Ober-Consistorial-Sekretär.

1c. 2c.

IV

Ordnung in den Versammlungen des Kollegiums.

1c. 2c.

§. 2.

In jeder Woche werden 4 Sitzungstage gewählt, welche von den Mitgliedern, die in der Stadt befind-

lich sind, besucht werden. Auch eine solche Sitzung kann nur in Gegenwart des Generalsuperintendenten besucht werden.

§. 3.

Extraordinäre Sitzungen der gesammten Mitglieder werden auf Antrag des Generalsuperintendenten gehalten.

§. 4.

In jeder Sitzung gilt die Mehrheit der Stimmen unter den Beisitzern. Der Generalsuperintendent hat 2 Stimmen.

§. 5.

Der Generalsuperintendent hat den ersten Vortrag, demnächst die übrigen Beisitzer.

1c. 1c.

§. 7.

Ohne Unterschrift des Generalsuperintendenten kann keine Ausfertigung vorgenommen werden. *)

1c. 1c.

*) Nach §. 4. hat der Generalsuperintendent 2 Stimmen, nach §. 1. haben die Beisitzer auch nur 2 Stimmen; sind die Stimmen getheilt, so gibt nach anderweitig darüber vorhandenen Gesetzen der Präses den Ausschlag: folglich gelten die Stimmen

V

Sachen, welche vor dieses Ober-Consistorium
gehören.

§. 1.

Dieses Ober-Consistorium führt die Aufsicht und hat die Untersuchungen und Entscheidungen, und hat auch das Recht neue Verordnungen zu machen in nachstehenden Sachen und in nachfolgenden Bestimmungen.

Diese Sachen betreffen:

- 1.) der Prediger Amt und Leben;
- 2.) der Kirchenbedienten Amt und Leben;
- 3.) das Amt der Kirchenvorsteher unter welchem Titel sie auch vorkommen mögen;
- 4.) die christliche Lehre;
- 5.) die Kirchen-Gebräuche;
- 6.) die Kirchen-Gebäude mit deren Zubehör;
- 7.) die Kirchen-Ländereien;
- 8.) die Kirchen-Einkünfte;
- 9.) die Kirchspiele;
- 10.) die Schulen, welche bey den Kirchspielen gestiftet worden sind;

der Beisitzer nie. Aber nach §. 2. soll auch die Sitzung nur in Gegenwart des General-Superintendenten und die außerordentliche nach §. 3. nur auf seinen Antrag Statt haben; wobei er nach §. 5. den ersten Vortrag hat, und nach §. 7. nichts ohne seine Unterschrift ausgefertigt werden kann. Was ist denn da das Consistorium?

- 11.) die Armen-Anstalten, die Krankenhäuser; und andere nützliche Anstalten, welche bey den Kirchen befindlich sind.

§. 2.

Das Reichs-Justiz-Collegium hat in allen diesen Sachen weder in erster noch letzter Instanz die Untersuchung, Entscheidung und Anordnung, außer in Ehesachen.

§. 3.

Wenn Jemand seine Rechte durch die Entscheidungen und Anordnungen verletzt glaubt; so gehen die Beschwerden und Appellationen an den Senat.

ic. ic. ic.

§. 6.

Das Ober-Consistorium erhält von dem Monarchen das Recht: Gesetze in Kirchen-Sachen nach den unterfolgenden Bestimmungen zu machen und zur unabweichlichen Richtschnur vorzuschreiben. *)

*) Das Consistorium oder eigentlich der General-Superintendent soll nach §. 6. Gesetze in Kirchensachen zur unabweichlichen Richtschnur vorschreiben und nach §. 1. neue Verordnungen darin machen, auch nach eben diesem §. die Aufsicht führen, Untersuchungen anstellen lassen und entscheiden dürfen. Er ist also Gesetzgeber, Richter, und Vollzieher in Einer Person. Er wird also richten und vollziehen können, nach den von ihm selbst gegebenen Gesetzen und Verordnungen, und folglich jedesmal ganz legal.

VI

Von der Prediger Amt und Leben.

§. 1.

Da die Bestimmungen der Kirchen-Ordnung Cap. XIX § 2 nicht mehr zum Theil passend sind; so hat das Ober-Consistorium das Recht, neue Ordnungen und Gesetze zu entwerfen, worin die Wissenschaften und übrigen Requisita angegeben werden, welche zum Predigtamt erforderlich sind.

1c. 1c. 1c.

§. 3.

Keiner, er sey wer er wolle, darf in diesem Gouvernement ohne Beprüfung und schriftlicher Erlaubniß des Generalsuperintendenten predigen.

1c. 1c. 1c.

§. 10.

Wenn der Patron oder wer das Jus patronatus hat, binnen Jahr und Tag nicht präsentirt; so hat der

Mithin ist die vorbehaltene Beschwerde und Appellation über die Entscheidung und Anordnung unabänderlich; um so mehr, da der Senat die Gesetze nicht abändern darf, der Monarch selbst aber nach Titel IX §. 2 und 3 und Titel X §. 1. kein Recht der Revision haben und von den Bestimmungen des Thum-Kapitel-Prozesses überhaupt kein Gebrauch gemacht werden soll.

Nach diesen beiden Anmerkungen bedürfen die übrigen Paragraphen keiner weitern Erklärung.

Generalsuperintendent das Recht, 3 Kandidaten zu ernennen.

2c. 2c. 2c.

VIII

Von den Kirchen = Vorstehern und dem Kirchen = Convente.

§. 1.

In den Städten haben die Kirchen = Patrone, Kirchen = Ältesten und Kirchen = Vorsteher auch die Gemeinde das Recht behalten, sie selbst zu wählen. Doch muß die Anzeige der Wahl an das Consistorium geschehen; auch die zu errichtenden Convents = Ordnungen von diesem bestätigt werden.

2c. 2c. 2c.

IX

Von der Lehre.

§. 1.

Obgleich die Symbolischen Bücher die Grundsätze der christlichen Kirche enthalten, so sind sie doch auch häufig mit Vorstellungsarten derselben angefüllt, die nicht zu billigen sind. Es soll daher der, in der Kirchenordnung vorgeschriebene körperliche Eid auf denselben nicht mehr Statt finden, sondern es sollen die Prediger nur auf die Augsburgische Konfession, sofern sie die christliche Lehre enthält, verpflichtet werden.

§. 2.

Das Consistorium soll allein die Untersuchung Entscheidung und Aufsicht über Dinge, welche die Lehre betreffen, haben. Es sollen auch darüber keine Beschwerden und Appellationen Statt finden können. Daher soll auch diesem entgegen keiner sich unterstehen, sich auf den §. 14. des Thum-Kapitel-Prozesses zu berufen, nach welchem eine wichtige Sache, welche die Religion betrifft, dem Monarchen zu erkennen gegeben werden soll. Auch soll sich keiner auf den §. 24. eben dieses Prozesses beziehen, nach welchem die Sache, worin sich jemand beschweret findet, und welche die rechte Religion und Lehre betrifft, an des Monarchen Revision verwiesen wird.

§. 3.

Auch ist dem Consistorium und seinem Ermessen die Einführung neuer Gesangbücher, Katechismen und Kirchengebete, gänzlich und allein und ohne alle Anfrage überlassen.

X

Von Kirchen-Gebräuchen und Agenden.

§. 1.

Dem Consistorium steht es zu, die Gebräuche und Agenden nach seiner Einsicht abzuschaffen und zu

verändern, auch den Zeitbedürfnissen nach neue einzuführen, ohne daß darüber Beschwerden angebracht werden können. Es soll auch gegen diesen §. nicht die Bestimmung des Thum = Kapitel = Prozeßes §. 14. und 24. und der Kirchen = Ordnung Cap. 1. §. 7. angezogen werden können.

XI

Von Kirchengebäuden.

§. 1.

Das Ober = Consistorium hat die Aufsicht über die Ländereien der Kirche, sowohl über diejenigen, welche der Kirche gehören, als welche dem Pfarrer und Kirchenbedienten angewiesen sind.

zc. zc. zc.

XIII

Von Kirchen = Einkünften.

§. 1.

Die Kirchen = Einkünfte und ihre Verwendung stehen also unter der Aufsicht des Consistoriums, daß ihm jährlich davon Rechnung abgelegt werden muß.

§. 2.

Da in den Städten die Einkünfte der Kirche entweder aus fixen Hebungen, oder aus freiwilligen Bei =

trägen bestehen, so steht dem Konsistorium zu, über die Verwendungen der ersteren Gelder die besondere Aufsicht zu haben.

1c. 1c. 1c.

§. 4.

Auch über die Einkünfte der Prediger und Kirchenbedienten gebühret dem Ober-Konsistorium die Aufsicht.

§. 5.

Besonders steht dem Ober-Konsistorium das Recht zu: eine allgemeine Anordnung über die Gebühren bey Amtsverrichtungen zu entwerfen.

XIV

Von den Kirchspielen.

Es wird dem Consistorium hiemit ausdrücklich frey gestellt, neue Kirchspiels-Eintheilungen, wenn es dieselbe für nöthig hält, zu machen. Es soll dieses ohne Ansuchen um die specielle Erlaubniß des Monarchen, wie die Priester-Privilegien §. 21. für einige Fälle bestimmen, geschehen können.

XV

Von den Schulen.

§. 1.

Das Konsistorium hat die Aufsicht über die bei den Kirchen errichteten Schulen; sowohl in den Städten als auch auf dem Lande.

§. 2.

Auf dem Lande soll in jedem Kirchspiele eine Schule nach einem vom Monarchen bestätigten Plan errichtet werden. Ueberdies schreibt das Konsistorium die Schulordnung vor und bestellt die Lehrer.

XVI

Von Armen- und Krankenhäusern.

2c. 2c. 2c.

§. 2.

Ueber die zweckmäßige Einrichtung und Verwaltung führt das Ober-Konsistorium die Aufsicht.

XVII

Von Ehesachen.

§. 1.

Da die Kirchen-Ordnung Cap. XV. §. 4. verschiedene Ehesachen ihrer Beschaffenheit nach nur den weltlichen Gerichten zur Untersuchung und Entscheidung überläßt, das Reichs-Justiz-Kollegium aber das Ehegericht der Protestanten in St. Petersburg ist; so bleibt dem Reichs-Justiz-Kollegium die Entscheidung dieser Sachen anheim gestellt.

§. 2.

Vor das Ober-Konsistorium gehören allein
a) die Dispensations-Sachen,

- b) die Gesuche um Inhibirung der Copulation,
- c) die Instruction für die Prediger, wie diese sich in Ehesachen zu verhalten haben.

XVIII

Von der Gerichtsbarkeit des Ober-Konsistoriums.

§. 1.

Vor die Gerichtsbarkeit des Ober-Konsistoriums gehören nur die Prediger und die Kirchenbedienten, nur in der Hinsicht was ihr Amt betrifft.

§. 2.

Die Geistlichen sind daher dem Generalsuperintendenten Achtung und Gehorsam schuldig. Wer diese aus den Augen setzet, mit dem soll nach den Verordnungen der Kirchen-Ordnung Cap. XIX. §. 32. und Cap. XXIV. §. 16. verfahren werden.

ic. ic. ic.

Dr. L. F. Rheinbott

Generalsuperintendent des St. Peters-
burgischen Gouvernements.

No. 2.

A u s z u g

aus den im Jahre 1806 eingegangenen Beantwortungen der von der Kaiserlichen Gesetz-Kommission aufgeworfenen, den gegenwärtigen Zustand des Kirchenwesens der Protestanten in Rußland betreffenden Fragen.

5.

Welcher protestantischen Konfession die Gemeinde sei, und unter welchem Probst oder Senior, unter welchem Konsistorium, oder ob die Kirche unmittelbar unter dem Justizkollegium stehe?

1) Von Seiten der St. Annenkirche in St. Petersburg:

Die Gemeinde ist lutherischer Konfession. Die unmittelbare Leitung ihrer Angelegenheiten ist in den Händen des Konvents. Derselbe ist in allen den Fällen, da es die Gemeinde fordern könnte, ihr die Rechenschaft von seiner Verwaltung abzugeben verpflichtet. Es hat aber noch nie eine Veranlassung dazu statt gefunden, indem das Verhältniß des gegenseitigen Zutrauens noch nie gelitten hat.

Zur Oberaufsicht über die Kirche, wie über alle Kirchen dieses Gouvernements, ist bis zur Errichtung der hiesigen Generalsuperintendentur keine, we-

der eine geistliche noch weltliche Behörde, gesetzlich authorisirt gewesen *).

2) Von Seiten der deutschen Katharinen = Kirche in St. Petersburg.

Die Gemeinde ist lutherischer Konfession und hat bis jetzt von sich und ihrer innern Verfassung weder einem Probst noch Senior noch einem Konsistorium, auch nicht dem Justiz = Kollegium Rechenschaft abzulegen gebraucht, sondern sie dependirt von sich und ihr Konvent von ihr, der Allerhöchst Kaiserlichen Bewilligung gemäß.

12.

Was für Gebäude zu dieser Kirche gehören?

St. Annenkirche:

Ein steinernes Schul- und Waisenhaus, welches zugleich die Wohnung des Predigers ist. Länge desselben 28 Faden; Breite 8 Faden: ein jeder Flügel 10 Faden lang und $6\frac{1}{2}$ Faden breit.

Zwei steinerne Häuser, von welchen die Kirche

*) Dieses streitet gegen die Wahrheit. Denn es bestimmen, außer mehreren allerhöchsten Befehlen schon der allerhöchste namentliche Befehl vom 23. Feb. 1734, „daß die unter den fremden „Religionsverwandten vorkommenden geistlichen Sachen im Justiz = „kollegium abgemacht werden sollen.“ Der allerhöchst namentliche Befehl vom 6. Nov. 1766, „daß die Katholiken so wie alle „ausländische christliche Nationen in ihren kirchlichen und Konsistorialsachen unter dem Justizkollegium stehen sollen.“ Das allerhöchste Manifest von 1778, „daß die Reformirten unter dem Justizkollegium stehen sollen.“

den Miethzins zieht. Länge eines jeden 19 Faden; Breite 6 Faden.

Ein hölzernes Haus, dessen eine Hälfte vom Küster bewohnt, und die andere vermiethet wird. Länge 10 Faden, Breite $6\frac{1}{2}$ Faden.

Ein steinernes Gewölbe zur vorläufigen Beisetzung der Leichen zwei Faden lang und eben so breit.

13.

Wer die Erhaltung oder Wiederaerbauung derselben zu leisten verbunden?

St. Annenkirche:

Unterhaltung und Reparatur dieser Gebäude werden aus den Einkünften derselben bestritten, deren Ueberschuß zur Unterhaltung der Kirche verwandt wird. Wo diese nicht zureichen, wird die Gemeinde zu freywilligen Beiträgen eingeladen.

16.

Was die Kirche an Land, Bauern, Kapital, Einkünften, Rechten und Gerechtigkeiten und woher sie dies besitze?

- 1) St. Annenkirche: Die Kirche hat ausser dem ihr von Peter dem Großen geschenkten Grundstück, welches sie mit ihren Nebengebäuden einnimmt, und durch Ankauf aus eigenen Mitteln beträchtlich vergrößert hat, weder Land noch Bauern noch besondere Rechte und Gerechtigkeiten.

Das Capital hängt von der Größe der Einkünfte ab und diese sind, wie schon in No. 14 und 15 berichtet worden, unbestimmt, daher auch beide nicht bestimmt angegeben werden können.

Das Recht des Besizes beruht auf das allgemeine Eigenthumsrecht, nach welchem Alles, was rechtlich erworben ist, auch rechtlich besessen und frey verwaltet wird.

2. St. Katharinenkirche:

Sie genießt durch ihre Gründung und die damals erhaltenen Privilegien eben die Freiheit, deren sich hier alle auswärtige Religionsverwandte zu erfreuen haben; Land, Bauern eigne Kapitale und bestimmte Einkünfte hat sie nicht. Seit dem Jahre 1775 ist bei derselben zwar eine Gesellschaft für Sterbefälle errichtet, die im Jahre 1792 noch mit einer zweiten Abtheilung vermehrt worden, von welcher die Kirche nach getroffener Verabredung einige Einkünfte jetzt etwa 1100 Rbl. jährlich hat, allein auch diese sind weder bestimmt noch gegen alle Veränderung sicher.

3. St. Marienkirche:

Die Kirche besizet an Land, Bauern Gerechtigkeiten oder Kapital nichts, indem sie, wegen der neuerbauten Kirche noch lange nicht schuldenfrey seyn wird. Die ordentlichen Einkünfte derselben sind: die Miethe für die zu vermietthenden Wohngelegenheiten, welche, wenn alle Wohnungen das

ganze Jahr hindurch bewohnt bleiben, gegenwärtig Fünftausend zweyhundert und 19 Rubel B. A. beträgt. Und die unbestimmten oder zufälligen Einkünfte sind: die Neujahrs = Collette in- und außerhalb der Gemeinde, Becken = und Tellergaben auf Einrichtungen als Taufen, Hochzeiten und Begräbnissen; desgleichen Leichen = Trauer und Kirchen = Gestühle; welche alles in allen zu gegenwärtigen Zeiten höchstens Eintausend Fünfhundert Rubel jährlich einbringen durch Vermächtnisse, ausländische Schiffe und Gottesacker empfängt die Kirche nichts.

17.

Wie die nutzbaren Stücke der Kirche bisher benutzt worden und was sie eingetragen?

1) St. Annenkirche:

Die Antwort ist bereits in No. 12 und 13 enthalten.

2) St. Katharinenkirche:

Von den Häusern der Kirche ist immer vermietet worden, was nicht zur Wohnung der Beamten, oder zur Schule erforderlich war. Der Eintrag aber kann nicht bestimmt angegeben werden, da sich derselbe nach dem Steigen oder Fallen der Miethpreise und auch darnach richtet, ob die Kirche mehr oder weniger Quartier für ihre eigene Beamten braucht.

Welche Vermögensstücke der Kirche, den Kirchenbeamten und namentlich welchen Beamten und was einem jeden zur Benutzung eingeräumt worden?

St. Katharinenkirche:

Keinem etwas Festbestimmtes. Der Prediger hat einen kleinen Garten, der Küster einen noch weit kleinern. Beides aber kann nach Zeit und Umständen auch verändert werden.

Was für ordentliche Ausgaben die Kirche jährlich habe?

1) St. Annenkirche:

Die Ausgaben richten sich nach den Bedürfnissen der Kirche und nach ihrer Einnahme, welche letztere, wenn sie nicht hinreicht, durch freiwillige Beiträge der Gemeinde ergänzt wird.

2) St. Katharinenkirche:

Sie richtet sich nach ihrer Einnahme, und verwendet diese zu Besoldungen der Beamten, zur Unterhaltung der Gebäude, zur Bestreitung der wenigen Polizeionera, welche die Kirche hat, zu neuen Anlagen, und wenn sie dazu nicht Geld genug hat, so sucht sie nach Möglichkeit zu sparen. Auch bleiben die Armen nicht ohne Unterstützung, und bis jetzt hat auch die Schule dieser nöthig gehabt.

20.

Wer über dies alles Rechnung führe?

St. Katharinenkirche:

Der Konvent, welcher aus Gemeindegliedern und dem Prediger besteht, überträgt dies Einem oder Mehrern aus seinem Mittel, so wie sie sich dazu bereitwillig finden lassen.

21.

Wenn und wann deshalb Rechenschaft abgelegt werden müsse?

1) St. Annenkirche:

Die Rechnung darüber führen diejenigen Mitglieder des Konvents, die sich dazu willig finden lassen. Die Einsicht derselben gebührt dem Konvent, die Forderung jeder fernern Rechenschaft aber der Gemeinde.

2) St. Katharinenkirche:

Dem Konvente — und wenn sie darnach fragen sollte der Gemeinde. Da aber bis jetzt das Kirchenvermögen beständig zugenommen, so hat diese nie darnach gefragt. Der Konvent hat indessen den vorzüglichsten Gliedern derselben oft freiwillig mitgetheilt, wie er die Kircheneinkünfte verwalte, oder auch besonders bei einem neuen Unternehmen desselben um Rath ersucht. Auch sind öfters Nachrichten von dem Zustande der Kirche

vor der ganzen Gemeinde von der Kanzel verlesen worden.

3) St. Marienkirche ad qu. 19 20 et 21.

Zu den jährlichen ordentlichen Ausgaben der Kirche gehören: die Ausbesserung der Kirche und deren Gebäude, die Pflasterung der Straßen und des Kirchenplatzes, die Reinhaltung der Straßen und des Hofes; die Anschaffung des Brennholzes zur Heizung der Kirche, der Wohnungen des Predigers, des Vorsängers und des Küsters; die Zinsen für geliehene Kapitalien; die Besoldungen des Predigers, Organisten, Vorsängers, Küsters und zweier Kirchenwächter; die Unterstützung der Kirchen-Armen, außer andern zufälligen Ausgaben. Alle diese Ausgaben werden bestritten mit ungefähr Sechstausend Rubeln. Ueber dieses alles führt der Prediger die Rechnungen und legt dem Kirchen-Konvent zweimal des Jahrs deshalb Rechenschaft ab, nämlich in den letzten Tagen des Junii und December Monats.

22.

Ob einer andern Gemeinde und welcher? ein Mitgebrauch der Kirche, des Kirchhofs u. s. w. gestattet worden?

1. St. Annenkirche:

Den Gebrauch der Kirche theilt diese Gemeinde mit keiner andern. Den Kirchhof hat sie bisher

gemeinschaftlich mit der St. Petri-Gemeinde genutzt.

2. St. Katharinenkirche:

In die Kirche kann kommen, um dem Gottesdienste beizumohnen, wer da will, zur Gemeinde kann sich jeder halten, der da erweist, daß er Lutheraner ist. Bis jetzt ist keiner andern Gemeinde der Gebrauch der Kirche eingeräumt gewesen. Auf dem Kirchhofe wird begraben, wer mit einem Scheine von einem bekanntlich hier im Amte stehenden Geistlichen nicht griechischer Konfession dort hingebracht wird.

23.

Was darüber für Abmachungen in Rücksicht des Beitrags zu den Gegenständen des Mitgebrauchs u. s. w. existiren?

1. St. Annenkirche:

Dieses Recht des gemeinschaftlichen Gebrauchs des Kirchhofs ist zwar auf beiden Seiten gleich. Jedoch hat sich die St. Petri = Gemeinde bisher manche Eingriffe in die diesseitigen Rechte erlaubt, deren Behauptung der Konvent nur aus Liebe zum Frieden vernachlässigt *) hat. Unter

*) Wie durfte der Konvent Rechte der Kirche vernachlässigen? Auf diese Art können noch manche andere Rechte vernachlässigt werden; diejenige Verfassung aber, bei welcher so etwas ohne Klage möglich ist, kann nicht als vollkommen angepriesen werden.

andern hat sich jene Gemeinde angemaasset, den Preis der Gräber willkührlich zu erhöhen, und sich die Leitung der Einnahme und Ausgabe ausschließlicly zuzueignen; sie nimmt Beiträge von dieser Gemeinde zum Behuf vorfallender Reparaturen und versagt ihr dennoch die Einsicht, wie diese Beiträge verwendet worden; ja sie schließt sogar die Armen dieser Gemeinde von dem Armenrecht aus, indem sie ihnen die unentgeltliche Einräumung der Gräberplätze verweigert, die in jedem solchen Falle von dieser Kirche bezahlt werden.

2. St. Katharinenkirche:

Der Konvent hat einen mäßigen Preis für jedes Grab nach Maaßgabe der erforderlichen Größe festgesetzt, und bis jetzt ist mit dieser Festsetzung noch keiner unzufrieden gewesen, da der Prediger das Recht hat, jedem der ihm als arm bekannt ist, einen Freischein zu ertheilen.

24.

Genaue Anzeige ob und welche Gewohnheitsrechte und Gemeindestatuten bei der Kirche vorhanden.

1. St. Annenkirche:

Es sind keine geschriebene Gemeindestatuten vorhanden. Die gegenwärtige Verfassung beruht auf freier Uebereinkunft und Gewohnheit, ihre Sicherheit aber auf dem festen Grunde der sich zu allen Zeiten gleich gebliebenen Gnade der hohen Mo-

narchen auf diesem Kaiserlichen Throne, welche mit der den fremden Glaubensverwandten bewilligten Religionsfreiheit, ihnen auch diese Freiheit allergnädigst bewilligt haben, daß jede Gemeinde sich bey ihrer Stiftung die, den Gesetzen ihrer Kirche angemessene und den Lokalverhältnissen nach zuträglichste Verfassung geben dürfte. Nach derselben ist gegenwärtig ein Convent vorhanden, der die Gemeinde repräsentirt. Derselbe besteht aus einem Kirchenpatron, dem Prediger, mehreren Kirchenräthen, Aeltesten und Vorstehern, die sämmtlich aus der Gemeinde gewählt werden. Die Beschlüsse desselben werden von der Gemeinde als die Ihrigen anerkannt und gut geheissen. Es hat bisher zwischen Beiden noch keine Mißhelligkeit Statt gefunden. Der vortreffliche Zustand der Angelegenheiten dieser Kirche ist ein Beweis von der Vortrefflichkeit ihrer Verfassung. *)

2. St. Katharinenkirche:

Was wir Gewohnheitsrechte nennen können, wären etwa die, welche der Convent von Gründung der Gemeinde an exercirt und die ihm keiner streitig gemacht hat. Statuten hat die Gemeinde weiter keine, als daß sie, da sie im Jahre 1728

*) Um die Vortrefflichkeit dieses Zustandes zu zeigen und über jeden Zweifel zu erheben, hätte man aber die geforderte Angabe der ökonomischen Verhältnisse nicht, so wie es geschehen, umgehen sollen.

Seine in Gott ruhende Kaiserliche Majestät Peter den zweiten um allergnädigste Bewilligung bat, eine Kirche anlegen, sich selbst einen Prediger berufen und ihre Kirchenangelegenheiten selbst verwalten zu dürfen, zugleich versprach in brüderlicher Eintracht das alles besorgen und wahrnehmen zu wollen, was sie denn auch bis jetzt treulich gehalten und hoffentlich fernerhin halten wird.

31.

Aus welchen Ständen die zu erwählenden Kirchenvorsteher genommen wurden und worin ihre Pflicht bisher bestanden?

1) St. Annenkirche:

Zu Kirchenrätthen werden aus der vornehmen und gelehrten Klasse Männer von allgemein anerkannten Verdiensten gewählt; zu Kirchenältesten und Vorstehern ebenfalls die dazu geschicktesten Männer, erstere aus der Klasse der Künstler und Kaufleute, letztere aus dieser und der Klasse der Professionisten. Sie werden sämmtlich vom Prediger, weil er die Glieder seiner Gemeinde am besten kennen muß dem Convent vorgestellt und von diesem bestätigt. Ihre Pflicht besteht in der ihnen mit dem Patron und Prediger gemeinschaftlichen Sorge für die zweckmäßige Leitung der Angelegenheiten der Kirche.

2. E. Katharinenkirche:

Als sich die obenbezeichneten lutherischen Einwohner von Bassiliosstrom zu einer Gemeinde vereinigten und die Allerhöchste Erlaubniß erhielten, sich einen Prediger zu berufen, wählten sie aus ihrem Mittel zur nähern Verwaltung der Kirchenangelegenheiten einen Kirchenkonvent, der zuerst aus wenigen, nachher aus mehreren nie aus einer völlig und fest bestimmten Zahl von Mitgliedern bestand. Jetzt besteht er aus einem Kirchenpatron, einem Kirchenrathe, dessen Stelle aber nach dem im Mai dieses Jahres erfolgten Tode des Herrn Etatsraths Baumeister noch nicht wieder besetzt ist, dem Prediger, dreien Aeltesten, welche alle bis an ihren Tod oder bis zur freiwilligen Niederlegung in ihrem Amte bleiben, und aus vier Vorstehern, welche ihr Amt so lange beibehalten, als sie die Beschwerden desselben zu ertragen Zeit oder Lust haben, sonst zwei, jetzt gewöhnlich fünf Jahr. Uebrigens hat kein Mitglied des Konvents als solches Gehalt, sondern alle leisten ihre Dienste unentgeltlich. Dieser, zuerst von der Gemeinde gewählte Kirchenkonvent, hat dann bey dem Abgange eines oder mehrerer seiner Mitglieder sich wieder aus der Gemeinde Personen von gutem Rufe und verdientem Zutrauen ausgewählt, und so besteht er noch. Zum Patron wird ein Mann von Bedeutung und Rang, zum Kir=

chenrath ein Mann von gelehrter Kenntniß, zu Ältesten und Vorstehern werden Kaufleute, Künstler und Professionisten erwählt. Der ganze Konvent berathschlagt in so oft sich wiederholenden Zusammenkünften als die Geschäfte der Kirche sie erheischen, über die Vermehrung des Wohls derselben und die beste Abmachung des Vorfallenden; einer oder einige aus seinem Mittel, welche die Berechnung der Einnahmen und Ausgaben übernommen, statten dabei Bericht von dem ab, was sie unternommen oder zu unternehmen für nöthig erachten, und die Vorsteher haben die besondere Verpflichtung, bald nach dem neuen Jahre freiwillige Beiträge von der Gemeinde einzusammeln. Ueber dies alles wird Protokoll geführt.

3. St. Marienkirche:

Die zu erwählenden Kirchenvorsteher und Konvents-Mitglieder werden aus dem bürgerlichen Stande genommen, welche über die gute Ordnung während des Gottesdienstes acht haben; die freiwilligen Gaben am Schlusse der Gottesverehrungen empfangen; am neuen Jahre freiwillige Beiträge in- und ausserhalb der Gemeinde einsammeln, und übrigen den 2ten §. des XXIII. Cap. der Kirchen-Ordnung, desgleichen den 8ten §. not. 1 - 6 des XXIV Cap. und den 5. 7. und 8. §. des XXVI. Cap. der gedachten Kirchen-Ordnung sich zur Pflicht machen.

Wieviel die bestimmten Einkünfte eines jeden Kirchenbeamten bisher betragen? nämlich

- a. des Haupt- oder des Hülfspredigers?
- b. des Organisten?
- c. des Vorsängers?
- d. des Küsters?
- e. des Glöckners?
- f. des Todtengräbers? u. s. w.

1. St. Annenkirche:

Der Gehalt auf welchen der jetzige Prediger an dieser Kirche, der Herr Generalsuperintendent Dr. Rheinbott, anfänglich berufen ward, war 500 Rubel. Mit der immer steigenden Theuerung der Bedürfnisse, der Zunahme der Gemeinde und daher wachsenden Vermehrung der Geschäfte, hat der Konvent diesen Gehalt von Zeit zu Zeit erhöht und es um so füglich thun können, als einerseits die Einkünfte der Kirche, bey einer stärkern Gemeinde, die Zulage erlaubten; andernseits aber bey etwa veränderten, unglücklichern Umständen, auf die Berücksichtigung derselben, ja sogar auf die thätige Unterstützung der Kirche von Seiten des jetzigen Herrn Generalsuperintendenten, so viel es seine Umstände zulassen würden, gewiß zu rechnen wäre. Derselbe darf sich übrigens versichert halten, daß die Liebe seiner Gemeinde sich auch noch nach seinem Tode, in der Unterstützung

seiner zahlreichen Familie, thätig und dankbar erweisen werde; jenes Zeichens seiner standhaften, durch keine äußere Vortheile zu erschütternden Gegenliebe eingedenk, da er den ihm zu seiner Zeit geschehenen Antrag, diese Gemeinde gegen eine zahlreichere zu vertauschen, ohne Bedenken aus- schlug. Beide sind durch das Band der Liebe vereinigt, und diese leidet keine ängstliche Berechnung dessen, was man einerseits verlangen und andernseits zugestehen möchte.

Daher ist auch Niemand zu den Einkünften des Predigers etwas gesetzlich Bestimmtes beizutragen verbunden. Der größere Beitrag des Reichen ersetzt den geringeren oder ausbleibenden Beitrag des Armen, den ohnehin keine gesetzliche Bestimmung in den Stand setzen würde, das gesetzlich Bestimmte zu geben und der von der Kirche und dem Prediger, welche das Beispiel der Wohlthätigkeit geben sollen, vielmehr unterstützt, als geschätzt wird.

Der Organist erhält gegenwärtig 250, der Küster 180, der Vorsänger 100 Rubel jährlichen Gehalt. Der Lohn eines jeden Kirchenwächters ist 112 Rubel jährlich. Alle diese Gehalte können, nachdem es die Umstände erfordern, und die Einkünfte der Kirche es zulassen, vermehrt werden.

2. St. Katharinenkirche:

Der vorige Prediger hatte beim Antritte seines Amtes nur 400 Abl. in den letzten Jahren seines

Lebens 1500 Rubl. Gehalt. Zu diesem hat der jetzige ein nicht volles Jahr nach dem Antritte seines Amtes für seine Person jährlich 500 Rub. Zulage erhalten. Der Organist erhält gegenwärtig 300 Rub. der Küster 200 Rub. und jedes Neujahr ein Douceur von 100 Rub.; der Todtengräber hat keinen bestimmten Gehalt. Ueberhaupt aber sind diese Gehalte nicht fest bestimmt, sondern der Konvent hat bis jetzt immer erhöhen können, da die Einkünfte der Kirche sich beständig vermehrt. Sollten aber unvorzubeugende Umstände diese bedeutend vermindern, so hat er das Vertrauen zu den Kirchenbeamten, daß sie sich auch eine nothwendig werdende Verminderung ihres Gehaltes würden gefallen lassen, und in mir dem Prediger wenigstens sollte der Konvent sich in diesem Falle nicht geirret haben; so wie ich durch freiwillige gänzlich unentgeltliche Uebernehmung der Aufsicht über die Schule schon bewiesen habe, daß ich uneigennützig zu dienen verstehe.

3. St. Marien = Kirche:

Der gegenwärtige Pastor, welcher auf eine rühmliche Weise sich um das Wohl der Kirche verdient gemacht hat, genießet nebst einer freyen Wohnung zwey tausend Rubel jährlich als Besoldung; der Organist Einhundert und funfzig Rubel; der Vorsänger vierhundert Rubel und Wohnung und der Küster nebst Wohnung zwey

hundert fünf und siebenzig Rubel jährlich. Die beiden Kirchenwächter aber bekommen jedweder außer Wohnung zehn Rubel monatlich. Diese Kirche hat weder eigenen Gottesacker noch Glocken.

37.

Ob und wie viel Accidenzien oder anderweitige unbestimmte, mit dem Amte verbundene Einnahmen die Kirchenbeamten noch außer den bestimmten Einkünften genießen?

1. St. Annenkirche:

Unter allen Kirchenbeamten ist es der einzige Organist, mit dessen Amt noch außer dem bestimmten Gehalt, das Accidens der bald größeren, bald geringeren Einnahme für den Unterricht den er den Zöglingen der Schule in der Musik ertheilt, bestimmt verbunden ist. Alles übrige Unbestimmte aber läßt sich als solches nicht bestimmen.

2) St. Katharinenkirche:

Sie haben bis ~~jetzt~~ noch immer Accidenzien gehabt, ja es haben sich diese wol beständig vermehrt, eben weil nicht festgesetzt ist, wie viel ein Jeder für eine besondere Bemühung eines Kirchenbeamten zu bezahlen hat. Der Todtengräber ist nur auf Accidenzien angesetzt. Bestimmen lassen sich diese zufällige Einnahmen aber gar nicht, da die Kirchenbeamten alle der Hoffnung leben, daß sie sich auch fernerhin noch vermehren sollen, weil sie einer

solchen Vermehrung bei zunehmender Theuerung wol nötig haben.

Zum Schluß dieser Beantwortung sei es mir erlaubt, in Rücksicht dessen, daß der im Befehle vorkommende Ausdruck: zur Bildung eines bestimmten Kirchenetats, natürlich zu mehreren Vermuthungen über die Absichten der Allerhöchst verordneten Gesetz-Kommission Anleitung giebt, nachfolgende freimüthige Bemerkung hinzuzufügen, die mir um so weniger übel gedeutet werden kann, da die Gesetzkommission selbst zur Beurtheilung ihrer bekannt werdenden Entwürfe öffentlich aufgefordert hat; ich bescheide mich, über die kirchliche Verfassung und die Nothwendigkeit einer Abänderung in derselben für die Provinzen des russischen Reichs, in welchen die lutherische Konfession die herrschende ist, urtheilen zu wollen, weil ich sie nicht genau genug kenne; indessen glaube ich doch auch nach der Analogie von dem, was in andern Staaten mit Nachtheil oder Vortheil geschehen behaupten zu können, daß jede Einmischung der Regierung zur festen Bestimmung des Kirchenetats von unausbleiblich großem Nachtheil seyn muß *). Für die Gemeinden aber, die in den alten Provinzen Rußlands, oder da, wo die griechische Religion die herrschende ist, begründet sind, würde

*) Warum denn?

jede unmittelbare Einwurfung der Regierung der gemeinen Ansicht ein Mißtrauen derselben in die bisherige Verwaltung zu verrathen scheinen, und dadurch wo nicht zu einer gänzlichen Annihilirung, so doch zu einer bedeutenden Verringerung des izehigen kirchlichen Bestandes führen *). Alle unsere hiesigen Gemeinden, die sich selbst verwalten, haben sich sehr gehoben **). Die Unsrige hat mit den mehresten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Sie hat ihr Areal gekauft, nicht geschenkt erhalten. Sie erhielt dadurch, daß einige Jahre nach ihrer Gründung im Landkadettenkorps ein lutherischer Prediger angestellt ward, an der Gemeinde, die sich nach und nach zu demselben vielleicht widerrechtlich auch außerhalb dem Corps ansammelte, eine Nebenbuhlerin, die bis zum Jahre 1800 nur zu glücklich gegen sie war, und besonders bei der geringern Klasse von Einwohnern die es am liebsten hatte, um gar keine Beiträge angesprochen zu werden; dennoch aber hat sich ohne alle außerordentliche Unterstützung das Besizthum unserer Kirche durch eine angemessene Oekonomie des Konvents so vermehrt, daß das, was der Kirche nach

*) Der Grund dazu ist nicht angegeben; ob hier überhaupt wohl ein zureichender Grund zu finden wäre?

**) Die Frage ist hier aber: ob sie sich dem Verhältniß des jährlichen Einkommens genau angemessen, gehoben haben.

Abzug aller Schulden übrig bleibt, gewiß nicht für 100,000 Rb. verkaufbar wäre, und das Zutrauen zu derselben zu sehr, daß der Konvent bis jezt für kein aufgenommenes Kapital mehr als 5 Procent Zinsen bezahlt, und in diesem Augenblicke 20000 Rubel in der Reichsleibbank an ihm von verschiedenen Particuliers anvertrauten Kapitalien wieder auf Zinsen belegt hat, ohnerachtet er außerdem den Aufbau eines neuen Hauses und den Ankauf eines Hausplatzes welches beides seit fünf Jahren geschehen, auch größtentheils mit geliehenem Gelde hat bestreiten müssen. Durch eine solche Dekonomie und freie Benützung des Geldes allein ist der für 78 Jahre gewiß nicht unbeträchtliche Anwachs des Kirchenvermögens möglich geworden; durch ihre Fortsetzung wird es von nun an hoffentlich sich noch weit beträchtlicher vermehren, allein es wird dies alles unausbleiblich fallen, sobald der Kirchenkonvent als solcher unter irgend eine Kontrolle gestellt werden sollte; dann wird sich keiner von der Gemeinde zu den Bemühungen desselben anheischig machen wollen; man wird seine Zuflucht zu Besoldungen nehmen müssen und alle die Uebel die damit verbunden sind, würden davon unausbleibliche Folgen werden. Nur dadurch, daß ihr Konvent frei handeln konnte *)

*) Der Konvent so antedoch nur rechtlich frei handeln; ist dies nicht auch bei eingeführter Kontrolle möglich?

ist die Kirche in den Stand gesetzt worden Gebäude zur Zierde der Stadt anzubauen, eine Schule zum öffentlichen Vortheil anzulegen, und alles das Gute was sie bis jetzt gestiftet hat, mit dankbarer Anerkennung des ihr allernähdigst verliehenen Schutzes, ohne weitere Beihülfe des Staats zu unternehmen und zu vollenden. Sollte die Kirche auf irgend einen bestimmten Etat gesetzt werden, so würde das Gute was bis jetzt gewirkt worden ist, gehemmt und der Staat würde gezwungen werden, die Kosten herzugeben, wenn Kirche und Schule nur irgend erhalten werden sollten.

2) St. Marienkirche.

Die Kirchenbeamte genießen wohl außer der bestimmten Besoldung bey vorfallenden Amtsverrichtungen einige unbedingte sogenannte Accidenzien; wie viel aber diese jährlich ausmachen, ist gar nicht zu bestimmen; weil es nicht nur dem freien Willen eines jeden Eingepfarrten überlassen ist, ob er etwas geben will oder nicht, sondern ein großer Theil derselben befindet sich oft in solchen bedürftigen Umständen, daß sie nichts geben können. Hingegen ist es nicht selten der Fall, daß diese bey ähnlichen Gelegenheiten von ihrem Prediger eine kleine Unterstützung bekommen.

Ob die Kirchenbeamten noch außer dem Kirchen-

dienste in irgend einem andern Amtsverhältnisse ständen und wie groß ihre Einkünfte aus diesem Verhältnisse seyen?

1. St. Annenkirche:

Der Prediger an dieser Kirche, Dr. Rheinbott, ist zugleich Generalsuperintendent über die gesamte lutherische Geistlichkeit des St. Petersburgischen Gouvernements und des Reichs-Justiz-Collegii Erstes Mitglied in allen lutherischen Consistorialsachen. Der jährliche Gehalt den er in dieser Eigenschaft genießt, ist 1200 Rubel.

2. St. Marienkirche:

Der gegenwärtige Prediger hat, außer seinen Amtspflichten nicht nur die Verpflichtung übernommen, die Kirchen-Rechnungen zu führen, sondern bezeigt überdies fortdauernd einen thätigen Eifer und Unverdroßenheit zur Verbesserung der ökonomischen Angelegenheiten der Kirche, ohne je eine Besoldung oder besondere Einkünfte deshalb zu genießen.
